

Schäztes ist beträchtlich um 57,1 Mill. Frs. gestiegen. Der Notenumlauf wuchs wieder um 8,2 Mill. Frs. auf 20 205 Mill. Frs. Der Posten Vorschüsse an die Verbündeten ist um 20,5 Mill. Frs. gestiegen. Guthaben im Auslande wuchsen um 80,3 Mill. Frs., Privatguthaben um 75,3 Mill. Frs. Der Bestand an Wechseln, die nicht vom Moratorium betroffen sind, stieg um 39,4 Mill. Frs.

Die hohe Notenzirkulation, die den Betrag von 20 Milliarden Frs. überschritten hat, erregt berechtigte Besorgnis. Als Folgen werden angegeben Entwertung der Banknoten im Verhältnis zum Gold auf dem inneren Markt, Entwertung der Valuta und Preissteigerung der Waren. Einschränkung des Bedarfs der Regierung, der eine Erhöhung der Steuern empfohlen wird, Einführung des Checkverkehrs, dessen Voraussetzung, Volkstrümplichkeit der Depositen, allerdings fehlt, sollen dem Übel abhelfen. Ferner müsse der unsinnigen Thesaurierung von Noten gesteuert werden.

In Rußland hatte Finanzminister A. J. Schingarew der provisorischen Regierung eine Erhöhung der Sätze der Einkommensteuer vorgeschlagen, die hohe Einkommen sehr scharf treffen sollte. So war für Einkommen von 390 000 bis 400 000 Rb. eine Abgabe von 120 000 Rb. vorgesehen. Ferner schlug er eine einmalige Kriegsteuer vor, durch die Einkommen von 10 000 Rb. an erfaßt werden sollten und die bei größeren Einkommen 30% betragen soll. Die Gesamtbelastung eines Steuerzahlers soll nicht den Satz von 90% des Einkommens übersteigen. Diese konfiskatorischen Maßnahmen scheinen jedoch zu spät vorgeschlagen worden zu sein. Schingarew ist von seinem Posten zurückgetreten; nichts, so sagt er, könne mehr den finanziellen Zusammenbruch Rußlands aufhalten. Einer Zwangsanleihe hatte er hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt, da dadurch dem Zusammenbruch der Finanzen nicht Einhalt getan werden könne, sondern nur eine Massenabwanderung des Kapitals auf Schleichwegen herbeigeführt werde.

Daß die Freiheitsanleihe schon jetzt tatsächlich in eine Zwangsanleihe umgewandelt worden ist, zeigen die Nachrichten aus Odessa, wo „Komitees“ die reichsten Einwohner zur Zeichnung hoher Beiträge pressten.

Amerika, daß sich jedenfalls der Bürgschaft des russischen Staatsbesitzes sicher glaubt, versucht durch die Gewährung einer neuen Anleihe von 75 Mill. Rb. den Zusammenbruch aufzuhalten, oder wenigstens den Gold an die Truppen zu garantieren. Ob dieser Betrag in dem an Rußland schon gewährten Kredit eingeschlossen ist, oder ob es sich um einen neuen Vorschuß handelt, geht aus den Pressemeldungen nicht hervor. Die hohe und unerwartete Forderung der französischen Re-

gierung, die Vorschüsse an Verbündete um mehr als 2 Milliarden Frs. zu erhöhen, dürfte auf die Absicht, dem russischen Schuldner zu helfen, zurückzuführen sein.

Die russische Staatsbank weist eine nur unwesentliche Veränderung des Goldbestandes aus. Der Notenumlauf stieg dagegen von 12 721 Mill. Rb. auf 13 055 Mill. Rb. Der Wechselbestand ist von 386 Mill. Rb. auf 408 Mill. Rb. gestiegen. Der Bestand an kurzfristigen Schatzscheinen hat sich nur unwesentlich erhöht. Privatguthaben gingen um 55 Mill. Rb. zurück.

Der Bestand der Bareinlagen in den Reichssparkassen betrug am 14. 6. 4 473,8 Mill. Rb. In Depot gegeben waren außerdem 1 628,2 Mill. Rb.

Die Vereinigten Staaten haben außer der Anleihe von 75 Mill. \$ an Rußland auch Frankreich eine neue Anleihe von 60 Mill. \$ bewilligt. Man hofft mit dem Betrag des ersten Teiles der Liberty Loan von 2 Milliarden \$ drei Monate auszukommen. Die letzte Einzahlungsrate auf die Anleihe ist am 31. August fällig. Nach dem guten Vorbilde Englands werden auch in Amerika schon jetzt budgetmäßige Einnahmen weiter erschlossen. Das Senatskomitee für Finanzen beschloß eine Kriegsteuer von 4 Cents auf das Pfund Kaffee, von 5 Cents auf das Pfund Tee, einen halben Cent auf Zucker und 3 Cents auf Kakao zu erheben, woraus sich 75 Mill. \$ ergeben sollen. Ferner wurde eine Automobilbesitzsteuer beschlossen, die je nach dem Wert von 7,70 \$ bis 25 \$ monatlich, mit Ausschluß von Geschäftsautomobilen, betragen soll. Hieraus werden 41 Mill. \$ erwartet.

In Holland hat die zweite Kammer den Gesetzentwurf zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 50 Mill. Gulden für Niederländisch-Indien angenommen. Die holländischen Staatseinnahmen betragen im Juni des laufenden Jahres 4,2 Mill. Gulden mehr als im gleichen Monat 1916. Der erhebliche Zuwachs ist auf den gesteigerten Ertrag der Einkommensteuer, die auch die Ausfälle anderer Einnahmen wett machte, zurückzuführen.

Die Bank von Spanien wies in ihrem Rassenbericht vom 16. 6. 1508,6 Mill. Pesetas gemünztes und ungemünztes Gold in den Rassen und 89,3 Mill. Pesetas Gold im Auslande aus. Der Umlauf an Banknoten stellte sich auf 2447,7 Mill. Pesetas. Der Silberbestand betrug 754,1 Mill. Pesetas. Vor dem Kriege belief sich der Goldbestand auf 547 Mill. Pesetas; er ist weiter ständig im Steigen begriffen.

Dr. Stichel

Nordamerikanische Währungs- und Bankpolitik

Mit großer Fähigkeit und sichtbarem Erfolg setzt das Bundes-Reserve-Amt der Vereinigten Staaten seine Bemühungen fort, die gesamten Bankreserven des Landes in seinen Händen zu sammeln, um für den Fall einer großen Krise gerüstet zu sein. Diese Bestrebungen sind nur zu verstehen, wenn man sich erinnert, daß in den Vereinigten Staaten, anders als in den führenden europäischen Ländern, nicht nur gesetzliche Bestimmungen über die Deckung der Banknoten, sondern auch der fremden Gelder der wichtigsten Institute bestehen. Man hatte gehofft, auf diese Weise den Einlegern eine gewisse Sicherheit zu bieten und die Banken zur Einhaltung der elementarsten bankpolitischen Normen zu zwingen. Der Verlauf der Krisen in den Vereinigten Staaten hat indessen gezeigt, daß diese Maßnahmen ihren Zweck nicht erfüllt haben. Sie konnten nicht verhindern, daß ein zu großer Teil der Einlagen,

gegen die Natur des Bankgeschäfts, in langfristigen, schwer realisierbaren Krediten angelegt wurde. Aber auch die vorhandenen Reserven, die des Zinsgewinnes wegen in immer größerem Umfang nicht in Form von Rassenbeständen, sondern in Form von Guthaben bei den „Reservebanken“ gehalten wurden, erwiesen sich den Gefahren des Runns nicht gewachsen. Noch in jeder großen Krise haben sich die nordamerikanischen Banken außer Stande gesehen, die Einlagen in dem rückgeforderten Betrage auszusahlen. Man hat daher schließlich eingesehen, daß es für die Behebung einer Krise viel mehr auf die Möglichkeit des Rediskontierens bei einer Zentralbank ankommt als auf das Halten zersplitterter Barreserven. Das Bundes-Reserve-Banksystem sollte diesem Mangel abhelfen. Man hat aber, der eingewurzelten Abneigung gegen eine Zentralisierung des amerika-

nischen Bankwesens folgend, die dem Nordamerikaner gleichbedeutend mit Trutzherrschaft und politischer Korruption zu sein scheint, die Befugnisse des Bundes-Reserve-Amtes sehr farg bemessen.

Das Amt soll die Aufgaben erfüllen, die in Europa den Zentralbanken zufallen. Aber man hat es nicht in die Lage versetzt, diesen Ansprüchen zu genügen. Die Ausgabe von Noten gegen eingeliefertes Gold ist den Reserve-Banken nicht erlaubt. So kommt es, daß von den einströmenden Goldmengen nur ein kleiner Teil den Währungskassen zugute kommt. Der Rest fließt in die Zirkulation und in die Kassen der privaten Banken oder wird von den ebenfalls durch das Bundes-Reserve-Gesetz geschaffenen „Reserve-Agenten“ als Deckung gegen das von ihnen ausgegebene Papiergeld (Reservenoten) gehalten. Am 1. Mai befanden sich von dem auf 3122 Mill. \$ geschätzten Goldvorrat der Union 413 Mill. \$ in den Händen der Reserve-Agenten, 218 Mill. \$ in den Händen des Schatzamts, 558 Mill. \$ in den Kassen der Bundes-Reserve-Banken, 1491 Mill. \$ aber im Umlauf und in den Kassen der privaten Banken, teils in Form von Goldstücken und Barren, teils in Form von Goldzertifikaten, deren Golddeckung beim Schatzamt hinterlegt und dort der Verfügung des Bundes-Reserve-Amtes entzogen ist.

Da das Amt seinen eigenen Goldbestand für ungenügend hält, die Verschmelzung der Goldbestände der Reserve-Agenten mit denen der Reserve-Banken aber anscheinend nicht durchsetzen kann, versucht es jetzt, wenigstens die Goldreserven der dem Bundes-Reserve-System zwangsweise angeschlossenen Nationalbanken bei sich zu zentralisieren. Anfang Mai ist ein Gesetzentwurf im Repräsentantenhaus und im Senat angenommen worden, der nach einer im Parlament gemachten Schätzung den Bundes-Reserve-Banken eine Vermehrung ihrer Goldbestände um etwa 350 Mill. \$ bringen würde. Da die Noten der Bundes-Reserve-Banken zu 40 % durch Gold gedeckt sein müssen, würde ihr Notenausgabe-Spielraum dadurch um über eine Milliarde \$ auf mehr als 2000 Mill. \$ erhöht werden. Anfangs Mai waren nur 11 Mill. \$ im Umlauf.

Da auch in Deutschland über die relativen Vorzüge zentralisierter oder dezentralisierter Goldreserven viel diskutiert worden ist, teilen wir noch einige Einzelheiten über die Maßnahmen mit, durch die die Übertragung der Goldbestände an das Zentralbanksystem bewirkt werden soll. Vor dem Erlass des Bundes-Reserve-Gesetzes mußten die Banken in den „Zentral-Reserve-Städten“ 25 % ihrer Depositen in staatlichen Zahlungsmitteln als Reserve halten. Bei den Banken der „Reservestädte“ durfte von den auch ihnen vorgeschriebenen 25 % die Hälfte in Form von Guthaben bei den Banken der Zentral-Reserve-Städte bestehen. Für die „Provinzbanken“ betrug die Reservenorm 15 %; davon konnten 6 % als eigener Kassenbestand gehalten werden. Durch das Bundes-Reserve-Bankgesetz wurde für die Banken der Zentral-Reserve-Städte die Deckungsnorm von 25 auf 18 % herabgesetzt; davon mußten 6 % in staatlichen Zahlungsmitteln und 7 % in Guthaben bei der Bundes-Reserve-Bank der Distrikte bestehen; die restlichen 5 % konnten in der einen oder der anderen Form gehalten werden. Nach dem Änderungsvorschlag des Senats soll die Mindest-Reserve nur 17 % betragen. Mindestens 13 % sollen in Guthaben bei der Bundes-Reserve-Bank bestehen. Aber die Anlage des Restes kann die Bank nach Belieben verfügen. Nach dem Änderungsvorschlag der Repräsentantenkammer sollen ebenfalls nicht weniger als 13 % als Reserve-Bank-Guthaben gehalten, darüber hinaus aber überhaupt keine Vorschriften gemacht werden.

Den Banken in den andern „Reserve-Städten“ ist jetzt auferlegt, Reserven in Höhe von 15 % zu halten, von denen 6 % bei der Reserve-Bank, 5 % in staatlichen Zahlungsmitteln, 4 %

in der einen oder der anderen Form gehalten werden müssen (Es muß indessen bemerkt werden, daß die Bestimmungen vorläufig auf dem Papier stehen; ihre Innehaltung sollte erst von November 1917 an gefordert werden). Nach den neuen Entwürfen ist das Guthaben bei der Bundes-Reserve-Bank von 6 % auf 10 % zu erhöhen. Der Senat fordert außerdem 4 % in staatlichen Zahlungsmitteln, während das Repräsentantenhaus keine solche Vorschrift zu erlassen wünscht. Bei den „Provinzbanken“, die gegenwärtig 5 % bei den Bundes-Reserve-Banken, 4 % in staatlichen Zahlungsmitteln und 3 % in der einen oder in der anderen Form zu halten haben, sollen nach dem Willen des Senats künftig 6 % bei der Bundes-Reserve-Bank und 4 % in staatlichen Zahlungsmitteln genügen, während das Repräsentantenhaus sich mit 7 % in Bundes-Reserve-Bank-Guthaben begnügen will.

Gegen diese Neuerungen werden in nordamerikanischen Bankkreisen und in der von ihnen geführten Publizistik Warnungen und Einwände laut. Das Commercial and Financial Chronicle verweist darauf, daß jene Reserveguthaben der Bundes-Reserve-Banken nur zu 35 % in Gold gedeckt zu sein brauchen. Wenn man auch nicht annehmen könne, daß die Bundes-Reserve-Bank die Deckung auf diesen Satz sinken lassen würde, so sei es doch bedenklich, die Möglichkeit zu schaffen, daß für die Banken der Zentral-Reserve-Städte statt 13 % nur 4,55 %, für die Banken der Reserve-Städte statt 10 % nur 3,5 %, für die Banken der Provinzstädte statt 7 % nur 2,45 % in Gold gehalten würde. Man verweist auch darauf, daß bei der Bank von England in dem Kriege ein Goldbestand von nur 200 Mill. \$ ausgereicht hätte, um die „größten Finanztransaktionen der Weltgeschichte in der wunderbarsten Weise zu bewerkstelligen“. Die Bankführung des neuen Systems in den Vereinigten Staaten aber bietet nur die Möglichkeit der Inflation in ganz großem Stil.

Es mag unentschieden bleiben, ob hinter allen diesen Einwänden in der Tat volkswirtschaftliche Besorgnisse oder nur die Interessen einer Gruppe von Banken stehen, denen die Zentralisierung und Überwachung durch das Bundes-Reserve-Amt wenig genehm ist. Daß die Gefahr der Inflation keine Chimäre, sondern eine wirtschaftliche Realität ist, mit der die Vereinigten Staaten sehr ernsthaft zu rechnen haben, zeigen die Statistiken des Geldumlaufs und der Preise — ebenso wie die Maßregeln des Bundes-Reserve-Amtes selbst. Allein infolge der Ausgleiche des Ausfuhrüberschusses durch große Goldimporte hat sich der Geldumlauf des Landes in den letzten zwölf Monaten um über 800 Mill. \$ vermehrt. Diesem Mehr an Zahlungsmitteln steht keine im gleichen Maß vermehrte, sondern eine sogar durch schlechte Ernte und Refordausfuhr stark verminderte Warenversorgung des eigenen Landes gegenüber. Die Preishausse, in dieser Allgemeinheit wohl die gewaltigste, die die Wirtschaftsgeschichte aufweist, wird nicht zum geringsten Teil durch dieses wachsende Mißverhältnis erklärt. Daher die Befürchtung vor einer Überslutung der amerikanischen Märkte mit den vergleichsweise billigen Waren der alten europäischen Ausfuhrländer und vor den dadurch nötig werdenden Goldexporten bald nach Friedensschluß. Denn daß es nicht möglich sein wird, diese erste Friedenszufuhr mit den Anleihen der Entente-Länder zu bezahlen oder auf die Rückzahlung der kurzfristigen Entente-Verbindlichkeiten zu rechnen, ist jedem Einsichtigen auch in den Vereinigten Staaten augenscheinlich. Nun aber beträgt die Goldreserve der Bundes-Reserve-Banken insgesamt wenig mehr als 550 Mill. \$, die Goldreserve der Bundes-Reserve-Bank von New York, der die Aufgabe des Goldports bei einer ungünstigen Wendung der Zahlungsbilanz zunächst zufallen würde, etwa 270 Mill. \$. Das Bundes-Reserve-Banksystem wird daher, solange die Welt von der Notwendigkeit des Haltens großer Goldbestände überzeugt bleibt,

gegen Goldabflüsse immer empfindlich sein. Werden die Reserven der anderen Banken an das Reserveystem übertragen, und ergibt sich daraus in der Tat die errechnete Vermehrung seiner Goldreserve um 350 Mill. \$, so wäre den Bundes-Reserve-Banken nicht nur die Verteidigung der nationalen

Währung erleichtert, sondern sie würden sich auch in einer inneren Geldkrisis freier bewegen können. Die Voraussetzung dafür ist, daß sie nicht schon jetzt ihre Mittel durch direkte oder indirekte Teilnahme an der Kriegsfinanzierung festlegen.

Dr. Singer

Kriegsrüstung der amerikanischen Handelsflotte

(Vgl. Wirtschaftsdienst Nr. 12 von 1917)

Der Eintritt in den Krieg hat der bisherigen nur auf Expansion gerichteten Weltschiffahrtsidee der Vereinigten Staaten wenn auch keinen Halt gesetzt, so doch eine andere Richtung gegeben. Ungern scheinen sich die Amerikaner allerdings dazu zu bequemen, einzusehen, daß bei der großen Not der Alliierten gerade im Punkte Schiffsraum von ihnen Hilfe, d. h. Opfer verlangt werden, und die schlimmen Folgen, die in England die Konzentration der ganzen Handelsflotte auf Kriegs- und Kriegswirtschaftszwecke zweifellos auf die Entwicklung der überseeischen Beziehungen gehabt hat, hätten sie gern vermieden. „Wir werden natürlich versuchen, unsern Außenhandel so lange wie möglich zu schützen“, schreibt ein amerikanischer Reeder, „aber, wo England gezwungen wurde, seine Stellung auf den ausländischen Märkten in Gefahr zu bringen, wird es bei uns nach einiger Zeit wohl auch noch soweit kommen.“

Selbstverständlich besteht daneben auch das Bestreben, die Fehler, die England bei dem Aufbau seiner Organisation sichtlich gemacht hat, so weit sie zu vermeiden sind, nicht zu begehen. Man hat sich daher eine Kommission, bestehend aus Th. Royden, seit Ausbruch des Krieges einer der ersten Beiräte Englands in Schiffsangelegenheiten, und J. A. Galter, Mitglied des Transport Department der englischen Admiralität und später des Schiffsministeriums, kommen lassen, um ihre Mitarbeit bei der Lösung der vielen auftauchenden Probleme zu gewinnen.

Viel Geld will man sich zweifellos die Kriegsrüstungen in Amerika kosten lassen. Dem Senat war ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach 2827 Mill. \$ für Kriegszwecke bewilligt werden sollten. Dieser hat die Summe auf 3342 Mill. \$ erhöht und hiervon 750 Mill. \$ für den Ausbau der Handelsflotte ausgesetzt, wovon 405 Mill. \$ dem Shipping Board sofort zur Verfügung gestellt werden sollten, und zwar von 250 Mill. \$ sofort 150 Mill. \$ für den Kauf und die Beschlagnahme von in Bau befindlichen Schiffen oder die Beschleunigung solcher Bauten, von 500 Mill. \$ 250 Mill. \$ für Neubauten. Außerdem 5 Mill. \$ für den Betrieb der Schiffe. Die Bewilligung von reichlichen Mitteln soll auf bringendes Ansuchen von Goethals zurückzuführen sein, der behauptete, daß das Schiffsamt bisher gänzlich ohne Mittel gelassen wäre, da für den vorgesehenen Verkauf von 50 Mill. \$ Panamabonds noch nichts getan worden sei. Der Schatzsekretär weist allerdings diesen Vorwurf zurück und schiebt Deman die Schuld zu, denn dieser habe bisher nur etwa 10 Mill. \$ angefordert. Jedenfalls ein Beweis dafür, daß Deman noch nicht viel geleistet hat.

Daselbe Gesetz sieht vor, den Präsidenten zu ermächtigen, alle notwendigen Anordnungen für den Bau von Schiffen oder die Beschaffung von Material zu erlassen, und alle seine Befehle in dieser Hinsicht müssen striktestens befolgt werden. Weiterhin soll er das Recht haben, bestehende Kontrakte, sowohl was Neubauten für amerikanische oder fremde Rechnung als auch Lieferung von Material angeht, für ungültig zu erklären und im Interesse seiner Zwecke zu verwerten. Gerade die Materialbeschaffung spielt ja, wie noch auszuführen ist, eine große Rolle. Die Werften oder Maschinenfabriken oder einige ihrer Abteilungen können notfalls requiriert werden. Zur Entschädigung der Benachteiligten, event. auf der Basis Kosten plus ange-

messenen Gewinn, stehen die oben genannten Mittel zur Verfügung. Die Verwendung der Mittel ist nicht nur auf Amerika beschränkt, sondern kann in jedem Lande, das mit Deutschland im Kriege ist, erfolgen. Die Rechte des Präsidenten erlöschen 6 Monate nach Friedensschluß mit Deutschland, und er kann sie während dieser Zeit an den jeweiligen Leiter der U. S. Shipping Board Emergency Fleet Corporation abtreten.

Der Senat hat eine lange Besprechung gerade über den letzten Teil des Gesetzes geführt, da besonders von der republikanischen Seite starke Opposition gegen die Übertragung so weit gehender Rechte an den Präsidenten oder seinen Bevollmächtigten gemacht wurde. Interessant ist, daß ein Antrag der Senatoren Weeks und Smoot, die Neubauten für englische Rechnung unter der Begründung, daß England ja dieselben Ziele wie Amerika verfolge, von der Beschlagnahme auszuschließen, abgelehnt wurde.

Die Beschlagnahme der Neubauten für ausländische Rechnung ist erst jetzt (Börsen v. 19. 7. 17) erfolgt. Die schon früher verbreitete Nachricht, daß es sich hierbei um 233 Schiffe mit 1 200 000 t handelt, stimmt nicht überein mit der letzten offiziellen Statistik von Anfang März 1917, wonach 108 Schiffe mit 558 420 t angegeben werden und dürfte daher falsch sein. Bisher scheint man den Grundsatz verfolgt zu haben, die Besitzer durch Kaufangebote zur Abgabe ihrer Kontrakte zu veranlassen. Es sind bisher im ganzen, wie kürzlich auf einer norwegischen Reederkonferenz festgestellt wurde, 370 000 t d. w. norwegischer Kontrakte durch Ankauf unter die amerikanische Flagge gestellt worden, während 100 000 t d. w. tatsächlich nach Norwegen abgeliefert sind. Auch sollen lt. „Fairplay“ vom 12. 7. 17 die englischen Besteller ihre Kontrakte freiwillig an die amerikanische Regierung abgetreten haben. Kontrakte für etwa 270 000 t d. w. waren noch für norwegische Rechnung auszuführen und sind also nunmehr beschlagnahmt. Der Abnahmepreis ist bisher noch nicht bekannt geworden.

Die schnelle Beschaffung von Neubauten ist ja das wichtigste Problem der Entente in ihrer gegenwärtigen Notlage und muß daher auch von Amerika mit allen Kräften betrieben werden. Aber das Holzschiffbau-Programm, seine angeblichen Vorteile und tatsächlichen Nachteile ist schon an anderer Stelle berichtet worden. Mit großen Hoffnungen hat die ganze Entente die Ernennung Goethals zum Leiter und Organisator dieses Projektes begrüßt, aber es kam anders als man es erwartete, obwohl man eigentlich nicht sagen kann, daß er die auf ihn gerichteten Erwartungen getäuscht hätte. Er hatte den Mut, die ganze Idee offen für unmöglich zu erklären und die Schwierigkeiten darzustellen. Jedenfalls ist er dabei mit dem Präsidenten des Shipping Board, Deman, dem bisherigen großartigen Schutzherrn des Holzbauprogramms und mit dessen Mitarbeitern, hart aneinander gekommen. Zum Schluß hat man sich dann auf einen Kompromiß geeinigt. Deman's Entschuldigungen sind, wenn man der Presse Glauben schenken kann, recht eigenartig: „Nachdem man jetzt herausgefunden habe, daß England so enorme Bestellungen auf amerikanischen Werften vorgenommen hätte, wodurch große Mengen Stahls den amerikanischen Interessen entzogen worden wären, habe man nunmehr den Grund für den herrschenden Stahl-